

## **I. I/1 Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern**

### **100 Jahre Internationaler Frauentag**

Zum 100. Jubiläum empfing Herr Oberbürgermeister Roters am 25. März 2011 ca. 800 Kölnerinnen im Rathaus zu einer Feierstunde.

Dem vorangegangen war eine Straßenaktion mit 1.000 Kölnerinnen, angelehnt an die Historie im Jahr 1911, als Millionen von Frauen in Deutschland und anderen Ländern im Kampf um Gleichberechtigung auf die Straßen gingen (Aktionsbündnis - AK Kölner Frauenvereinigungen, DGB Region Köln-Bonn, Frauenorganisationen der demokratischen politischen Parteien, Lila in Köln, Migrantinnenverbände und viele weitere Frauenvereinigungen).

Zum Jubiläum erschien die Festschrift „KÖLNERINNEN“.

### **10 Jahre Girls`Day bei der Stadt Köln**

Zum 10. Girl`s Day am 14. April 2011 haben 95 Mädchen Berufe und Bereiche kennengelernt, in denen Frauen eher selten tätig sind. Aktionen bei der Berufsfeuerwehr, den Bühnen der Stadt Köln, aber auch Speed-Coaching für Schülerinnen der Oberstufe im studio dumont und interessante Einsätze für Mädchen mit Handicap waren dabei. Insgesamt haben in 10 Jahren rund 1000 Mädchen am Girls`Day teilgenommen.

### **Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen**

Jedes Jahr am 25. November ist der "Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen". Anlässlich dieses Gedenktages finden weltweit verschiedene Aktivitäten statt.

Das Amt für Gleichstellung gemeinsam mit dem Sozialdienst Katholischer Frauen und der Diakonie hat für 2011 eine künstlerische Installation mit Schaufensterpuppen vorbereitet. Im studio dumont zeigt „ANGST trifft MUT“ mit zwölf Schaufensterpuppen Frauenschicksale, die nach Gewalterfahrung heute ein freies und selbstbestimmtes Leben führen. Die Eröffnung mit Lesung und Musik war am 29.11.2011.

2012 soll die künstlerische Installation auf Wanderschaft gehen.

### **Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern**

Nach der Unterzeichnung der „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ durch den Oberbürgermeister wird in einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe der Aktionsplan mit fünf Handlungsfeldern für die Stadt Köln erstellt.

## **Gender Mainstreaming**

- Die Vermittlung von Gender-Kompetenz ist fester Bestandteil der städtischen Führungskräftefortbildung. 180 städtische Beschäftigte (105 Frauen, 75 Männer) haben bislang an der Schulung „Männer und Frauen führen – Erfolgreiches Gender Mainstreaming in der Führung“ teilgenommen.
- Im zweiten Gender-Bericht stellen sechs Arbeitsbereiche ihre Gender-Analysen und Maßnahmen vor: Von einer gendersensiblen Öffentlichkeitsarbeit bis hin zur passgenauen Arbeitsschutzkleidung.

## **Mentoring**

Das aktuelle Mentoring-Projekt „12 hoch 12“ wird intensiv von den Mentees nicht nur genutzt, sondern auch selbst gestaltet. Neben den im Projekt enthaltenen Fortbildungen haben sie beispielweise

- eine Podiumsdiskussion mit Herrn Kahlen und Frau Kronenberg im Rheinenergiestadion zum Thema „Mitarbeitermotivation in Zeiten knapper Kassen“ und
- im Rathaus eine Speedtalkingrunde – Let’s talk“ – mit Führungskräften der Verwaltung

veranstaltet.

Auch Schirmfrau Carmen Thomas hat die Mentees noch einmal auf Schloss Ehrenhoven zu einem Workshop „fortgebildet“.

## **Netzwerk Frauen des höheren Dienstes**

120 Frauen folgten der Einladung des Oberbürgermeisters und der Gleichstellungsbeauftragten ins Rathaus. Die vier Dezernentinnen und die Direktorin des Landchaftsverbandes Rheinland Ulrike Lubek waren vor Ort und gaben Tipps für den Weg nach oben.

Neben persönlichen Erfahrungen standen aber auch Expertinnen und Experten zu Themen wie Schlagfertigkeit mit Stil, der geschliffene Auftritt für eine brillante Karriere etc. bereit.

## **II. 02 Bürgerämter**

### **Neubau Bezirksrathaus Rodenkirchen**

Mit Beschluss vom 13.10.2011 ist der Rat dem von der Verwaltung erarbeiteten Vorschlag gefolgt und hat den Neubau des Bezirksrathauses Rodenkirchen beschlossen.

### **Elektronischer Personalausweis und elektronischer Aufenthaltstitel**

Die am 1. November 2010 begonnene Einführung des elektronischen Personalausweises ist ohne größere Probleme gelungen. Der "nPA" stellt hohe Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In 2011 wurden 97.646 elektronische Personalausweise ausgestellt. Die gute Beratung durch sie führte dazu, dass in 2011 rund 31% der Kundinnen und Kunden in Köln die eID-Funktion eingeschaltet gelassen haben.

Gemeinsam mit der Abteilung für Ausländerangelegenheiten des Amtes für öffentliche Ordnung haben die Bürgerämter die Voraussetzungen für die bürgerfreundliche Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels geschaffen. Die Kundinnen und Kunden können sowohl in den Bezirksausländerämtern als auch in den Meldehallen die Adressänderungen vornehmen lassen, so dass ihnen ein doppelter Weg "aufs Amt" erspart bleibt.<sup>1</sup>

## **III. 02-13 Standesamt**

### **Elektronische Registerführung**

Nach erfolgreicher Einführung der elektronischen Registerführung im Personenstandswesen wurden die internen Abläufe im Standesamt weiter verbessert. Dadurch erhalten die Bürgerinnen und Bürger zum Beispiel schneller ihre Urkunden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben intensiv mit der Digitalisierung der Altdatenbestände begonnen.

#### **11.11.11.**

Der "Jahrhundert-Trautag" 11.11.11 bewies eine perfekt vorbereitete organisatorische Glanzleistung. 133 Paare, die der Oberbürgermeister zum Empfang in den Hansasaal geladen hatte, fuhren in den Hafen der Ehe, und jedem Paar gaben die Standesbeamten das Gefühl, dass ihre Trauung an diesem Tag das wichtigste Ereignis in ganz Köln war. Dieser besondere Trautag führte zu einer großen positiven Resonanz der Paare und der Presse.

---

<sup>1</sup> Zu den personellen Auswirkungen siehe unter X.

## **IV. 1000 Zentrale Dienste**

### **Behördenrufnummer 115**

Der Rat der Stadt Köln hat auf Grund der positiven Ergebnisse der Pilotphase am 07.04.2011 den Weg für die weitere Teilnahme der Stadt Köln an der Behördenrufnummer 115 bereitet. Die regionalen Kooperationspartner (Stadt Bergisch Gladbach, Stadt Frechen, Stadt Bonn, Stadt Leverkusen, Stadt Hürth, der Rhein-Erft-Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis und der Landschaftsverband Rheinland) nehmen die Dienstleistungen des Call-Centers Köln zur Verbesserung des Bürgerservices in der Region weiterhin in Anspruch. Im Rahmen des NRW-Tages/Tag der Deutschen Einheit (01. - 03.10.2011) in Bonn konnten die Besucherinnen und Besucher erfolgreich auf das neue und erweiterte Serviceangebot für mittlerweile 18 Millionen Menschen in Deutschland aufmerksam gemacht werden.

### **Call Center**

Das Anrufvolumen hat sich auf hohem Niveau eingependelt (1,37 Mio Anrufe), die Erreichbarkeit verbesserte sich von 91% auf rd. 93%. Die Produktivität im Call-Center (Auslastung) wurde im letzten Jahr nochmals gesteigert. Sie misst sich ausschließlich in der Gesprächs-/Telefonie und Nacharbeitszeit je Vollzeit-Agent und hat mittlerweile die 50.000 Produktivminuten (PM) je Vollzeit-Agent per anno deutlich überschritten (Vergleichswert 2008: rd. 42.000 PM). Die Kooperationen konnten weiter ausgebaut werden.

Für die Universität der Stadt Bonn (Start 01.10.2011) wurde der Telefonservice übernommen. Für das Abwasserwerk der Stadt Bergisch-Gladbach wurden Zählerstandserfassungen durchgeführt sowie allgemeine Fragen beantwortet. Beide Partner sind mit den erbrachten Leistungen zufrieden und wollen 2012 die Kooperation weiter ausbauen. Auch stadintern wurde das Produktportfolio im Jahr 2011 kontinuierlich ausgeweitet. Zum Beispiel haben die Auskünfte zu Abgaben verlorener Gegenstände im Fundbüro und die Terminvereinbarung für die Meldehallen es auf Anhieb unter die TOP 10 der meistnachgefragten Leistungen im Call-Center geschafft.

## **V. 1100 Zusatzversorgung und Beihilfe**

### **Masterfondskonzept vollständig umgesetzt**

Die Geschäftsführung hat das in der Sitzung des AVR vom 07.12.2009 vorgestellte Masterfondskonzept nach Auswahl der Deka als Master-KAG, der Durchführung einer ALM-Studie und der Auswahl der Subfondsmanager zum 01.01.2011 vollständig umgesetzt. Das Konzept wurde im Jahr 2011 um einen im Rahmen einer Ausschreibung ausgewählten externen Vermögensverwalter für die Direktanlagen ergänzt und hat sich in den schwierigen Marktphasen des Jahres 2011 bewährt. Über die Ergebnisse wurde im Rahmen der Jahresabschlüsse berichtet.

### **Immobilienfondsspezialfonds eingerichtet**

Mit Wirkung zum 30.06.2011 hat die Geschäftsführung entsprechend der Entscheidung des Rates vom 01.02.2011 in Zusammenarbeit mit den Rheinischen Versorgungskassen, dem Kommunalen Dienstleistungszentrum Wiesbaden und dem Brandenburgischen Versorgungsverband einen neuen Immobilienfondsspezialfonds eingerichtet. Fondsmanager ist Warburg Henderson Kapitalanlagegesellschaft für Immobilien mbH. Bis zum Jahresende sind für den Fonds drei Objekte in Hamburg, München und London erworben worden.

### **Umsetzung AMNOG und Einführung eines neuen Beihilfeverfahrens**

In der Beihilfekasse ist das Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz und damit die Rabattierung für Arzneimittel umgesetzt worden. In diesem Zusammenhang wurde gemeinsam mit dem Land NRW und der für die Abwicklung des AMNOG zuständigen ZESAR GmbH eine Informationsveranstaltung für alle Kommunen in NRW organisiert. Um künftig eine noch effizientere Aufgabenwahrnehmung in der Beihilfekasse zu ermöglichen, wurden die formalen Voraussetzungen für die Einführung des neuen Beihilfeverfahrens "Beihilfe NRW Plus" geschaffen. Das neue Beihilfeverfahren wird vom Land NRW zur Verfügung gestellt und soll zunächst in den Städten Düsseldorf und Köln eingeführt werden. Mit der Einführung des Verfahrens wird eine wesentliche Grundlage für weitere Kooperationen mit der Stadt Düsseldorf und anderen interessierten Städten bei der Beihilfebearbeitung geschaffen.

### **Neufassung der Richtlinie für die Vermögensanlage**

Die Richtlinie für die Vermögensanlage ist neu gefasst und durch einen externen Juristen geprüft worden. Damit wurde eine wichtige formale und verlässliche Grundlage für alle Entscheidungsgremien geschaffen, die das neue Risikomanagement institutionalisiert.

## **VI. 11 Personal- und Organisationsamt**

### **Geschäftsprozessoptimierung**

Um Geschäftsprozesse zu optimieren, werden alle Ansätze zum Bürokratieabbau und sowohl organisatorische als auch informationstechnologische Lösungsansätze betrachtet. Ziele der Geschäftsprozessoptimierung sind dabei mit Blick auf eine zukunftsfähige Verwaltung beispielsweise die Verkürzung von Durchlaufzeiten, die Steigerung der Effizienz oder die Optimierung des Ressourceneinsatzes. Wegen der Bedeutung dieses Themas für die Stadtverwaltung hat das Kompetenzzentrum Geschäftsprozessoptimierung im Jahr 2011 neben der verwaltungsinternen Information den Fokus auf die Durchführung entsprechender Projekte gelegt; ein Bericht über die bisherigen Aktivitäten des Kompetenzzentrums wird dem Ausschuss in Kürze vorgelegt.

### **Wiederbesetzungssperre**

Im Rahmen der Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung wurde unter anderem eine zwölfmonatige Wiederbesetzungssperre für alle Stellen und die vorrangige Vermittlung von durch Aufgabenabbau freigesetztem Personal in planmäßige Aufgabengebiete beschlossen.

Diese Zielvorgaben wurden durch das Personal- und Organisationsamt durch die Neuregelung des Stellenbesetzungsverfahrens ausgestaltet und konkretisiert.

Auch wenn das ursprüngliche Ziel, durch eine restriktivere Personalbewirtschaftung einen Konsolidierungsbeitrag zum gesamtstädtischen Haushalt zu erreichen, in Ermangelung eines nachhaltigen Aufgabenabbaus nicht erreicht werden konnte, hat die Neuregelung des Stellenbesetzungsverfahrens maßgeblich zum Einsatz von vorrangig zu vermittelndem Personal in planmäßige Aufgabengebiete beigetragen. So konnten in 2011 in 200 Fällen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Vermittlungspriorität 1 (168 Fälle) und 2 (32 Fälle) passgenau in planmäßige Aufgabengebiete vermittelt werden. Darüber hinaus konnte in 92 Fällen durch die Vermittlungsbemühungen des Personaleinsatzes Rotationswünschen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entsprochen werden.

### **Einwohnerbefragung**

Aufgrund der Entscheidung des Rates vom 01.03.2011 wurde in Köln eine Einwohnerbefragung zum Thema "Soll der Godorfer Hafen ausgebaut werden?" angelehnt an die Regelungen eines Ratsbürgerentscheides durchgeführt und damit in Art und Umfang erstmalig im gesamten Bundesgebiet. Von den mehr als 880.000 stimmberechtigten Einwohnerinnen und Einwohnern haben bis zum Befragungstag am 10. Juli insgesamt 14,8% aller Befragungsberechtigten an der Befragung teilgenommen, und zwar in Form der Briefteilnahme oder am Befragungstag selber in einem der 215 Befragungsllokale.

Organisatorisch wurde die Einwohnerbefragung in nur drei Monaten umgesetzt und erfolgreich durchgeführt; die Kosten beliefen sich auf etwa 980.000 Euro.

### **Mobiles Arbeiten**

Am 08.06.2011 ist nach Unterzeichnung durch den OB und den GPR-Vorsitzenden die Dienstvereinbarung "Mobiles Arbeiten" in Kraft getreten. Damit wird nach der bereits seit vielen Jahren bestehenden Flexibilisierung der Arbeitszeit nun auch der Arbeitsort flexibilisiert, und zwar in einem weitaus größeren Maße, als dies mit den bisherigen städtischen Regelungen zur Heim-/Telearbeit der Fall war und im interkommunalen Vergleich andernorts zu finden ist. Bei entsprechender Ausgestaltung der Einzelvereinbarung profitieren sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch die Dienststellen.

### **Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)**

Im Herbst 2011 hat sich Oberbürgermeister Jürgen Roters mit den Dezernats- und Amtsleitungen zum Thema „Betriebliches Eingliederungsmanagement“ (BEM) in einer eintägigen Arbeitsveranstaltung ausgetauscht.

Dezernats- und Amtsleitungen sowie verschiedene BEM-Beauftragte haben daher den Tag dafür genutzt, praktikable Lösungen für ein erfolgversprechendes BEM-Verfahren bei der Stadt Köln zu erarbeiten, die die Gesundheit der Beschäftigten präventiv fördern.

Oberbürgermeister Jürgen Roters appellierte, BEM als lebendigen Prozess zu verstehen und anhand von Praxiserfahrungen weiterzuentwickeln. Daher haben alle Beteiligten am Ende der Veranstaltung weitere Schritte verabredet, wie z. B

- Bildung von Arbeitsgruppen zum Thema „Qualifizierungen“ und „Weiterentwicklung des BEM-Verfahrens“
- Initiierung von zentralen Beratungsangeboten und
- Aufbau eines internen und externen Netzwerks.

## **VII. 12 Amt für Informationsverarbeitung**

### **Konjunkturprogramm II**

Zur „Inhouseverkabelung in Kölner Schulen“ wurden rund 2.050.000,00 € an Projektmitteln in 28 Schulen an 26 Standorten investiert. Die Maßnahme umfasste insgesamt 944 Räume (766 Klassen-, 122 Verwaltungs- und 56 sonstige Räume), 225 Netzwerkkomponenten für den pädagogischen und 51 für den Verwaltungs-Bereich sowie 26 Firewalls.

Zur Erfüllung der Qualitätsanforderungen im KPII wurde dazu ein neuer Standard für ein universelles Kommunikationsnetz zur Vereinheitlichung der Netzwerk- und Telekommunikationstechnik in den städtischen Schulgebäuden auf Basis eines zukunftsfähigen Modells entwickelt, der fortan bei Neu- und Erweiterungsbauten, Generalinstandsetzungen, Vernetzungen des Gebäudebestandes und bei der Ausstattung mit Telefonendgeräten Anwendung findet.

Mit den neu verkabelten Klassen- bzw. Informatikräumen ist es den Schulen gemäß ihrer Ausrichtung und Medienkompetenz möglich, sowohl festinstallierte Computer als auch mobile Geräte, Tablett-Computer, Laptops und interaktive Smartboards zu nutzen.

Mit den neu verkabelten Verwaltungsräumen ist es darüber hinaus möglich, sich mittels der neu entwickelten Informationsplattform tIPS alle für die Schule notwendigen Informationen zugänglich zu machen.

### **Rechenzentrum Chorweiler**

Die Bauabschnitte I und II des Umbaus zu einem energieeffizienten und ausfallsicheren Rechenzentrum sind abgeschlossen; Die Migration nach Chorweiler und der Einzug von LVR-InfoKom sind planmäßig und ohne größere Zwischenfälle durchgeführt worden. Der Bauabschnitt III wird voraussichtlich im April 2012 planmäßig beendet.

Eine sehr gute Platzierung erreichte das gemeinsame Rechenzentrum beim „GreenIT Best Practice Award“ des Bundeswirtschaftsministeriums. Die Stadt Köln und LVR-InfoKom waren mit dem Konzept und der Umsetzung für den Neubau des Rechenzentrums in Chorweiler unter den letzten vier Nominierten in der Kategorie "Energieeffiziente IT-Systeme - Green in der IT".

Durch den gemeinsamen Betrieb des Rechenzentrums von Stadt Köln und LVR ergeben sich alleine für die Verwaltung jährliche Kostenvorteile von über 260.000 €.

### **Providerausschreibung**

Die Ausschreibung und Vergabe wurden erfolgreich abgeschlossen. Das Los 1 umfasste Festnetztelefonie, Internet-Serviceproviding, Netzleistungen Verwaltung und Schulbereiche, Schulsupport und ging an Netcologne. Das Los 2 für die mobile Sprach- und Datenkommunikation ging an Vodafone. Das Finanzvolumen beider Vergaben beläuft sich auf über 16 Millionen Euro.





### **Aufbau der Basisinfrastruktur für die elektronische Langzeitarchivierung**

Für die Stadt Köln wurde eine technisch und fachlich fundierte Lösung für den Prozess der Übernahme von archivwürdigem digitalem Material in ein elektronisches Langzeitarchiv (unter Verwendung von erprobten und innerstädtisch bereits im Einsatz befindlichen Basistechnologien) entwickelt. Perspektivisch ist angedacht, diesen Service auch anderen Archiven anzubieten. Die Stadt Köln ist in diesem Anwendungsfeld als deutschlandweiter Kompetenzträger anerkannt.

### **Start des Projektes “Ablösung Kassenverfahren“**

Im Rahmen des Projektes wurde eine Produktentscheidung herbeigeführt und die vergaberechtlichen Voraussetzungen geprüft, sodass die Bedarfsfeststellung durch den Rat erfolgen und mit dem Testbetrieb von SAP/PSCD begonnen werden kann. Parallel zu den Planungen für die Einführung eines zukunftssicheren Kassenverfahrens wurden die bestehenden Buchungsvorgänge optimiert, mit dem Ziel ordnungsgemäßer Jahresabschlüsse. Aufgrund konsequenter Optimierungsmaßnahmen wurden bereits zum Jahresabschluss 2011 Verbesserungen erkennbar und für den Jahresabschluss 2012 werden deutliche positive Effekte erwartet.

## **VIII. 27 Zentrales Vergabeamt**

### **Vergabetagung "Regionale Wirtschaft in der kommunalen Vergabepraxis"**

Der Rat der Stadt Köln hatte in seiner Sitzung vom 25.11.2010 die Verwaltung mit der Durchführung einer Fachtagung zur Vergabepraxis der Stadt Köln unter dem Titel „Regionale Wirtschaft in der kommunalen Vergabepraxis“ beauftragt. Diese Fachtagung fand am 04. Oktober 2011 mit insgesamt 85 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem Rat der Stadt Köln, dem Kölner Handwerk, den Innungen und Verbänden sowie der Stadtverwaltung statt.

Herr Ltd. Rechtsdirektor Martin Krämer, Leiter des Zentralen Vergabeamtes der Stadt Bonn konnte für den Themenblock 1 „Mittelstandsklausel“ als Referent für das Impulsreferat gewonnen werden.

Herr Prof. Dr. Rainard Osebold, Lehrstuhl für Baubetrieb und Projektmanagement an der RWTH Aachen übernahm die Einführung in den Themenblock 2 „Größere Kostentransparenz, Vertrags- und Nachtragsmanagement“.

Herr Fabian Ewert, in der MRN GmbH für den Bereich „Vergabe“ zuständig, konnte für die Darstellung der Aufgaben und Arbeitsweise der Metropolregion Rhein-Neckar gewonnen werden.

Insgesamt werden das rege Interesse und der Verlauf der Tagung von der Verwaltung sehr positiv bewertet (siehe auch Mitteilung 5085/2011 für den AVR). Die durch den Ratsauftrag gesetzten Impulse werden zu einer intensiven Beschäftigung mit den Vergabeprozessen führen.

### **Einführung des Vergabemarktplatz (VMP) und TEAM Vergabemarktplatz**

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Informationsverarbeitung wurde zum 01.10.2011 der Vergabesatellit Köln unter dem Dach vergabe.nrw produktiv gesetzt. Damit ist es möglich, Vergabeverfahren aller Art ausschließlich über das Internet abzuwickeln. Künftig werden keine Ausschreibungen mehr in Papierform übermittelt, stattdessen können alle Betriebe die Unterlagen vom Vergabemarktplatz herunterladen, elektronisch bearbeiten und ihre Angebote digital abgeben. Daraus ergeben sich mehrere Vorteile wie z.B. eine gewerkeorientierte Benachrichtigungsfunktion für Firmen sowie die erhebliche Kosten- und Zeitersparnis durch eingesparten Druck und Versand.

Das Verfahren wurde zunächst bei den Ämtern 66 und 12 eingesetzt und soll im Laufe des Jahres 2012 in der Stadtverwaltung flächendeckend eingesetzt werden.

Parallel zum Projekt Vergabemarktplatz hat sich die Notwendigkeit der elektronischen Übergabe von Ausschreibungsdateien ergeben, welche mittels TEAM vom Amt für Informationsverarbeitung umgesetzt wurde.

Trotz minimalen Aufwandes in der Entwicklung kann bereits jetzt für jeden Beteiligten die transparente Abwicklung der Vergaben bei der Stadt Köln bezogen auf jeden Arbeitsschritt nachvollzogen werden.

## **IX. 30 Rechtsamt**

### **Ausrichtung der KSA-Tagung vom 30.06.-01.07.2011**

Mit einem attraktiven Tagungsprogramm richtete der KSA (Kommunaler Schadenausgleich westdeutscher Städte) seine diesjährige Sachbearbeitertagung in Köln aus.

Mehr als 100 Kommunen – vornehmlich Großstädte aus dem nordrhein-westfälischen Ballungsraum – und kommunale Unternehmen sind Mitglied im KSA. Über die Mitglieder des KSA sind zudem annähernd 700 kommunale Einrichtungen mit einer kommunalen Beteiligung von 50 Prozent oder mehr mitversichert.

Der KSA ist 1910 als Gründung der Städte Bochum, Gelsenkirchen und Herne entstanden. Zweck der Gründung ist die gemeinschaftliche finanzielle Selbsthilfe bei unvorhersehbaren Großschäden, die die Belastungsfähigkeit der einzelnen Kommunen übersteigen würden. Die Stadt Köln ist dem KSA aufgrund des Ratsbeschlusses vom 08.11.2007 zum 01.01.2008 gemeinsam mit den Steb AöR, SBK gGmbH und KölnTourismus GmbH beigetreten. Deckungsschutz besteht dort für die Bereiche "allgemeine Haftpflicht" und "Kfz-Haftpflicht".

Die Planung und Durchführung der Sachbearbeitertagung in Köln mit ca. 180 Teilnehmer aus den Mitgliedstädten wurde vom Rechts- und Versicherungsamt mit großem Engagement unterstützt.

So konnte sich die Stadt unter Mithilfe des KölnTourismus GmbH, der Stadtentwässerungsbetriebe AöR, der KölnMusik und der städtischen Wirtschaftsförderung mit einem Informationsstand (Flyer, Köln-Taschen, Infobroschüren, Werbemittel der Kultureinrichtungen etc.) und einem interessanten Stadtrundgang sehr gut präsentieren.

### **Historisches Archiv**

Seit dem Einsturz des Historischen Archivs ist das Rechts- und Versicherungsamt mit der Vertretung der Stadt in allen mit dem Einsturz in Zusammenhang stehenden Verfahren betraut.

Am 29.06.2011 ist in dem selbständigen Beweisverfahren zur Feststellung der Ursache für den Einsturz des Historischen Archivs (Az. 5 OH 1/10 LG Köln) ein Erweiterungsantrag zur Höhe des Archivschadens eingereicht worden. Damit wurde beantragt, durch Einholung eines Sachverständigengutachtens Beweis über Fragen zur Höhe des Schadens zu erheben, der der Stadt Köln infolge des Einsturzes des Historischen Archivs entstanden ist oder noch entstehen wird. Gleichzeitig ist beantragt worden, dieses Verfahren wegen des unterschiedlichen Inhalts zu dem ursprünglichen Verfahren (zum Grunde) von diesem abzutrennen. Dem hat das Landgericht Köln mit Beschluss vom 24.11.2011 entsprochen. Dieses weitere neue Verfahren (zur Höhe) hat das Az. 5 OH 7/11 erhalten.

Drei Klagen von Nachlassgebern gegen die Stadt Köln wurden vom Landgericht Köln in erster Instanz abgewiesen. Das Oberlandesgericht Köln setzte die daraufhin eingelegten Berufungsverfahren im Hinblick auf die Beweissicherungsverfahren und die laufenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Köln vorläufig aus.



### **Erfahrungsaustausch der Juristinnen und Juristen der Stadtverwaltung und der städtischen Gesellschaften**

Am 08.12.2011 hat im Rathaus die zweite Veranstaltung im Rahmen des vom Rechts- und Versicherungsamt organisierten Erfahrungsaustausches zu dem Thema „Recht gegen fehlerhafte Berichterstattung in den Medien - Muss man sich alles gefallen lassen?“ stattgefunden. Nachdem die erste Veranstaltung im Jahr 2010 zum betrieblichen Datenschutz auf großes Interesse gestoßen und der Wunsch nach einer weiteren Vernetzung und einem weiteren Austausch untereinander geäußert worden war, kamen wiederum ca. 60 Teilnehmer zu dem Vortrag des Referenten, Herrn Rechtsanwalt Prof. Dr. Höcker.

## **X. 32 Amt für öffentliche Ordnung**

### **Kölner Anti Spray Aktion**

Auch in 2011 hat die KASA erfolgreich ihre Bemühungen um ein sauberes und sicheres Köln fortsetzen können. So hat die Stadt Köln die Graffitentfernung durch die AWB weiter optimiert und 20.000 qm Graffiti an städt. Objekten zur Reinigung beauftragt. Über die weiteren Aktionen, Maßnahmen, Kennzahlen und geplanten Aktionen aller Partner wurde mit einem Geschäftsbericht für 2010 die Öffentlichkeit informiert. Auf die Prävention und Strafverfolgung wurde in 2011 besonders Wert gelegt.

So wurden z. B. die Schülerinnen und Schüler der Europaschule durch die Reinigung von 3.000 qm Graffiti während des laufenden Schulbetriebes mit dem Thema konfrontiert und ein anschließender Vortrag für die Lehrer und Eltern zu den Aspekten von illegalem Graffiti vervollständigt das Präventionsprojekt.

Durch die Aufklärung der Jugendlichen, die regelmäßige Reinigung aber auch durch die konsequente Strafverfolgung ist hier ein wichtiger Schritt für weniger Graffiti getan worden. Diese Arbeit wird auch in 2012 fortgeführt. Zur Information der Öffentlichkeit fand im November 2011 eine Presseaktion statt. Einige KASA-Partner informierten über den aktuellen Stand und die aktuellen Zahlen. Eine einwöchige Ausstellung „Graffiti“ für Schülerinnen und Schüler sowie weitere Interessierte im Atrium des Kalk-Karrees mit Führungen durch die Polizei und die Bundespolizei rundete die Veranstaltung ab.

### **Brüsseler Platz**

In den letzten Jahren hat sich der Brüsseler Platz im Belgischen Viertel Kölns nicht zuletzt durch das veränderte Freizeitverhalten der Menschen zu einem Szenetreff entwickelt. Bei schönem Wetter halten sich auf dem sehr zentral gelegenen Platz insbesondere an den Wochenenden mehrere Hundert Menschen gleichzeitig auf. Diese allesamt friedlichen Menschen sind einzeln betrachtet keine Störer im klassischen Sinne des Ordnungsrechts. In der Summe betrachtet aber verursachen die Besucherinnen und Besucher des Brüsseler Platzes eine enorme Geräuschkulisse. In 2011 durchgeführte Lärmmessungen belegen, dass der gesetzlich vorgegebene Beurteilungspegel von 45 dB (A) deutlich überschritten wird.

Wirkungsvolle Maßnahmen zur Lärmreduzierung und Beruhigung am Brüsseler Platz in 2011 waren insbesondere:

1. Die vom Verwaltungsgericht Köln bestätigte zeitlich befristete Verlängerung der Sperrzeit für Sonn- und Feiertage auf die Zeit ab jeweils 0.00 Uhr bis 6.00 Uhr für einen unmittelbar am Platz gelegenen Kiosk.
2. Einsätze des Ordnungsdienst und der Polizei, bei denen die Feiernden zur Rücksichtnahme gebeten und gleichzeitig aufgefordert wurden, den Platz um Mitternacht zu verlassen.

Beide Maßnahmen sollen in 2012 wieder durchgeführt werden.

### **Umsetzung des Nichtraucherschutzgesetzes NRW**

Das Amt für öffentliche Ordnung hatte das Ziel, mittels verschiedener Ordnungsverfügungen klärende Rechtsprechung bezüglich des bestehenden Nichtraucherschutzgesetzes NRW zu erreichen. Dieses Ziel wurde zu 100 % erreicht. Die obergerichtliche Rechtsprechung hat die Ausnahme „Raucherclub“ regelrecht abgeschafft. Zudem hat das OVG Münster klare Regelungen für den Betrieb eines Raucherraumes aufgestellt.

Anhand dieser klarstellenden Rechtsprechung konnte das Nichtraucherschutzgesetz in Köln mittlerweile erfolgreich umgesetzt werden.

Die Landesregierung plant nun eine Novellierung des NiSchG NRW. Mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes ist im September 2012 zu rechnen.

Die Landesregierung plant dabei die Einführung eines generellen Rauchverbotes in Gaststätten.

### **Servicequalität im Taxigewerbe**

Verwaltung, Taxi Ruf Köln und IHK Köln arbeiten weiter daran, die Dienstleistungsqualität im Taxigewerbe zu erhöhen. Dabei lag der Focus 2011 insbesondere bei der Prüfung, wie die Qualifizierung der Fahrerinnen und Fahrer verbessert werden kann.

Da die Erteilung des Führerscheins zur Fahrgastbeförderung mit Taxis nicht von höheren Anforderungen an die Vor- und Ausbildung von Antragstellerinnen und Antragstellern abhängig gemacht werden kann, hat die Verwaltung hat sich im Frühjahr 2011 mit einem Schreiben gegenüber dem Bundesverkehrsministerium dafür eingesetzt, die bundesgesetzlichen Regelungen entsprechend zu novellieren. Dieses Ansinnen hat das Ministerium unter Hinweis auf das Ziel der Bundesregierung, den bürokratischen Aufwand zu reduzieren, und die hier einzufordernde Eigenverantwortung der selbständigen Taxiunternehmen, selbst ausreichend qualifiziertes Personal einzustellen, abgelehnt.

Als Konsequenz arbeiten die Taxi Ruf Köln eG und die IHK Köln daran, die gewerbeinterne Aus- und Fortbildung zu verbessern. Es wurde ein Ausbildungsmodell konzipiert, dass mit einem Zertifikat der IHK Köln zum geprüften Taxifahrer/Taxifahrerin abschließt. Die Teilnahme ist unabhängig vom Führerschein zur Fahrgastbeförderung eine Voraussetzung zum Abschluss eines Benutzervertrages (Funk- und Fahrerlaubnis) mit der Taxi Ruf Köln eG. Die Schulung der Dozenten und die Aufstellung der Lehrpläne ist 2011 abgeschlossen worden. Die Kurse beginnen Anfang 2012 und können finanziell über einen Bildungsscheck oder eine Bildungsprämie gefördert werden.

Die Verwaltung prüft darüber hinaus, inwieweit auch über zusätzliche Einwirkungsmöglichkeiten auf das Genehmigungsverfahren für Taxiunternehmen, insbesondere im Rahmen der Übertragung von Genehmigungen, eine qualitative Verbesserung möglich ist. Dabei werden auch die rechtlichen Regelungen zum Taxiverkehr in anderen europäischen Partnerstädten ermittelt und berücksichtigt. Entsprechende Ergebnisse werden 2012 vorliegen.

Daneben wurden im Jahr 2011 auch wieder umfangreiche Taxikontrollen fortgeführt. Durch den Verkehrs- und Ordnungsdienst und die Fachabteilung wurden insgesamt 834 Fahrzeuge überprüft.

### **Neue Sperrbezirksverordnungen**

Am 01.05.2011 sind im Kölner Süden zum Schutz der Jugend und des öffentlichen Anstandes zwei neue Sperrbezirke für Straßenprostitution in Kraft getreten. Die Sperrbezirksverordnungen wurden auf Antrag der Stadt Köln von der Bezirksregierung Köln erlassen. Grundlage ist der Beschluss des Rates vom 07.04.2011. Begleitet durch Kontrollen des Amtes für öffentliche Ordnung und soziale Maßnahmen insbesondere für die drogenabhängigen Prostituierten in Köln Meschenich, haben sich die Sperrbezirke in der Folge bewährt. Störungen und Belästigungen der Anwohnerinnen und Anwohner sind deutlich zurückgegangen. Kinder und Jugendliche werden weitgehend nicht mehr mit Straßenprostitution konfrontiert.

### **Erfolgreiche Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels**

Der elektronische Aufenthaltstitel (eAT) ist das Pendant zum neuen Personalausweis für Nicht-EU-Ausländer. Die Einführung des eAT zum 01.09.2011 wurde erfolgreich bei der Stadt Köln umgesetzt. Gesetzeskonform wurden alle nötigen technischen Maßnahmen für die Beantragung, Bearbeitung und Aushändigung des eAT in die Fachsoftware OK.Visa durch das Amt für Informationsverarbeitung integriert.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerabteilung Köln waren sehr gut auf die Umstellung vorbereitet. Trotz erhöhter Anzahl der Vorsprachen und einem umfangreicheren Beratungsaufwand, konnte ein überwiegend reibungsloser Ablauf der Antragsaufnahme verzeichnet werden. Von der Beantragung bis zur Aushändigung der eAT's konnte bisher eine viel geringere Fehlerquote als erwartet festgestellt werden, was auf die Sorgfältigkeit in den Arbeitsabläufen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückzuführen ist. Vom 01.09.2011 bis 31.12.2011 wurden insgesamt 13864 eAT's beantragt, wobei die Fehlerquote bei 0,001% liegt. Für die Erledigung der mit dem eAT neu anfallenden Aufgaben mussten 17 Stellen in der Ausländerabteilung zugesetzt werden.

### **Einrichtung zentraler Akademikerservice**

Zum 01.09.2011 wurde der Akademikerservice zentral bei der Abteilung für Ausländerangelegenheiten eingerichtet. Adressaten sind Wissenschaftler, Hochqualifizierte, Selbständige, Studierende, Fachkräfte und Existenzgründer im Rahmen der China-, Indien- und Türkeioffensive. In der Zeit vom 01.09.2011 bis 31.12.2011 haben rund 650 Personen von dem Angebot Gebrauch gemacht.

### **Bewährungsprobe „Sauberes und sicheres Köln“**

Der Rat der Stadt Köln hat am 07.10.2010 das Konzept „Sauberes und sicheres Köln - Vorbeugen und Ahnden“ beschlossen. Auf dessen Grundlage ist u.a. die Anpassung der Verwarnungs- und Bußgeldrahmen zum 01.01.2011 in Kraft getreten.

Der Ordnungsdienst ahndet seither konsequent unter Anwendung der neuen Beträge im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens. Die Fallzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

2010			2011		
Verwarnungsgeld	Bußgeld	Gesamt	Verwarnungsgeld	Bußgeld	Gesamt
13.771	346	14.117	12.592	1.176	13.768

Im Hinblick auf die schlechte Wetterlage 2011 steht der Härtestest bei „Verunreinigungen im Zusammenhang mit Grillen“ und „Müllknöllchen“ noch aus. Diesen Härtestest wird man erst dann erleben, wenn wir im Sommer längere Schönwetterperioden erleben, und sich dann das städtische Leben in die Öffentlichkeit – insbesondere die Grünflächen – verlagert.

### Sicherheitskonzept Karneval

Im Straßenkarneval 2011 ist das Konzept „Straßenkarneval in Köln – Mehr Spaß ohne Glas“ bereits zum dritten und am 11.11.2011 zum vierten Mal umgesetzt worden. Die Aktion ist eine Erfolgsgeschichte: Von Glas und Scherben ausgehende Gefahren konnten wirkungsvoll reduziert, Schnittverletzungen verringert und Reifenschäden bei Einsatzfahrzeugen verhindert werden.

Bereits zum zweiten Mal haben Kolleginnen und Kollegen (15) des Düsseldorfer Ordnungsdienstes den Kölner Ordnungsdienst unterstützt.

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat das Glasverbot für die Karnevalstage im Frühjahr 2010 mit Urteil vom 09.02.2012 bestätigt. Es hat anerkannt, dass im Kölner Straßenkarneval unübersehbare Mengen an Glas und Scherben zwischen Zehntausende dicht gedrängt feiernde Menschen gelangen. Dabei handelt es sich um von den Karnevalisten mitgeführte Glasflaschen und Gläser, die massenhaft ordnungswidrig entsorgt werden. Die dadurch drohenden Schäden (Schnittwunden, Reifenpannen, Behinderung von Rettungsfahrzeugen u.ä.) rechtfertigen ein ordnungsbehördliches Einschreiten bereits gegen das Mitführen, Benutzung und Verkaufen von Glas.

### Freiwilliger „Umzug“ der Skaterszene am Roncalliplatz zum „Kap 686“

Am 23.07.2011 wurde die Skateranlage "Kap 686" als lang ersehnte Alternative für die Skaterszene am Roncalliplatz eröffnet. Sie wurde von Beginn an sehr gut angenommen und entlastet den Roncalliplatz spürbar. Während der ersten zwei Monate hat der Ordnungsdienst die verbleibenden Skater am Dom mit Handzetteln über das neue Angebot informiert (91 im August, 139 im September). Nach dieser zweimonatigen Übergangszeit sollten Verwarnungen ausgesprochen werden, sofern der Roncalliplatz weiterhin zum Skaten genutzt würde. Dies war jedoch bislang in keinem Fall erforderlich. Es wurden seither zwar noch über 60 Skaterinnen und Skater durch den



Ordnungsdienst angetroffen – dabei handelte es sich jedoch um Personen, die den Roncalliplatz lediglich überquerten oder aber um auswärtige Kinder und Jugendliche, die die neue Anlaufstelle am Rheinauhafen glaubhaft noch nicht kannten.

Insgesamt ist das Ziel, die Konfliktsituation am Roncalliplatz zu minimieren, erreicht.

### **Bessere Infrastruktur für Touristenbusse**

Das Konzept der Abwicklung von Touristenbussen in der Komödienstraße und anschließende Weiterleitung auf Sammelparkplätze hat sich im diesjährigen Weihnachtverkehr einmal mehr bewährt.

### **Überwachung des Unfallgeschehens an Brennpunkten**

Die von der Unfallkommission angeregte Einrichtung einer Rotlichtüberwachungsanlage am Standort Ehrenfeldgürtel/ Ecke Vogelsanger Straße ist am 16.06.2011 in Betrieb genommen worden.

Auf Grundlage des Ratsbeschlusses zur Ausweitung der Geschwindigkeitsüberwachung vom 25.11.2010 wurden zwei zusätzliche Radarwagen für mobile Kontrollen beschafft, die seit 29.04.2011 in Betrieb sind.

Die ebenfalls in der genannten Ratsvorlage beschlossenen zusätzlichen Starenkästen wurden wie folgt in Betrieb genommen:

- a) Zollstock, Militärringstraße, 29.04.2011
- b) Godorf, Otto-Hahn-Straße, 06.06.2011
- c) Holweide, Bergisch Gladbacher Straße, 29.08.2011

Zur Erhöhung der Transparenz städtischer Überwachungsanlagen veröffentlicht der Ordnungs- und Verkehrsdienst seit Dezember 2011 neben den Standorten der Starenkästen auch die Schwerpunkte mobiler Kontrollen sowie deren mögliche Standorte im Internet analog Polizei.

### **Neue Online-Verbindung zwischen der Bußgeldstelle und der Polizei zur elektronischen Übermittlung von Ordnungswidrigkeitenanzeigen**

Bis zur Schaffung der Online-Verbindung musste der gesamte Inhalt der in Papierform eingehenden Anzeigen durch Erfassungskräfte und Sachbearbeiter/innen in das elektronische Bearbeitungsverfahren der Bußgeldstelle übernommen werden. Dieser Aufwand führte wegen der dreimonatigen Verjährungsfrist immer wieder zu Problemen im Arbeitsablauf.

Derzeit werden ca. 85 % der Anzeigen per Datenträger bzw. Online übermittelt: Sobald das von der Polizei in NRW neu angeschaffte elektronische Bearbeitungsverfahren dort eingeführt ist, sollen alle Anzeigen elektronisch übermittelt werden.

### **Einführung der elektronischen Aktenführung in Bußgeldverfahren**

Die Einführung wird derzeit im Rahmen der Geschäftsprozessoptimierung der Verwarn- und Bußgeldbearbeitung umgesetzt.

### **Herkunftsbefragung durch die Zentrale Ausländerbehörde (ZAB)**

Bei der Herkunftsbefragung handelt es sich um eine intensive, hochqualifizierte und tiefgründige Befragung zur Identifizierung eines aus dem Bundesgebiet vollziehbar-ausreisepflichtigen Personenkreises, der sich zuvor dem normierten Passersatzverfahren durch mangelnde Mitwirkung bzw. fehlende Mitwirkung entzogen hat, mit dem Ziel einen längerfristigen Aufenthalt in Form einer Duldungserteilung zu erreichen. Hierbei handelt es sich um eine neu bei der ZAB Köln angesiedelte Aufgabe, zu der die betroffenen Mitarbeiter/innen qualifiziert geschult wurden.

Im Jahr 2011 wurden 4 Befragungen durchgeführt. Es ist beabsichtigt weitere Mitarbeiter zu qualifizieren und die Anzahl der Befragungen zu erhöhen.

### **Einleitung von Personenfeststellungsverfahren (PFV)**

Die ZAB Köln intensivierte im Jahr 2011 die Aufgabe der Einleitung von PFV zu Identitätsüberprüfungen von Personen in ihren Heimatländern. Diese Verfahren können grundsätzlich bei allen Nationalitäten eingeleitet werden. Bei den PFV im Ausland handelt es sich um einen Spezialfall des PFV, dass die Polizei im Rahmen erkennungsdienstlicher Maßnahmen bei Betroffenen durchführt, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen. Dies ist in der Regel der Fall, wenn Zweifel an der Identität einer zu polizeilichen Zwecken erkennungsdienstlich behandelten Person vorliegen oder amtliche Dokumente nicht vorhanden sind. Zur Einleitung des PFV ist es erforderlich, die Einleitung per Antrag beim Bundeskriminalamt zu beantragen. Aufgrund organisatorischer Hindernisse war es im Jahr 2010 lediglich möglich PFV mit einigen ausgewählten Staaten durchzuführen. Dieses Spektrum ist im Jahr 2011 erweitert worden.

Im Jahr 2011 wurde in 115 Fällen PFV eingeleitet, von diesen wurden 13 Fälle bereits positiv abgeschlossen. Eine Erhöhung der Einleitungsfälle ist beabsichtigt.

### **Sicherheit bei Großveranstaltungen**

In Umsetzung der Richtlinien des Ministers für Inneres und Kommunales NRW zur Genehmigung von Großveranstaltungen wurden für alle Großveranstaltungen Sicherheitskonzepte erstellt und abgestimmt. Zielsetzung ist, die Genehmigungsverfahren in enger Abstimmung mit den Sicherheitsbehörden (insbesondere Polizei, Feuerwehr) weiter auf die geänderten Bestimmungen und an die jeweilige Sicherheitslage anzupassen und dabei gleichzeitig die Durchführung von Großveranstaltungen weiterhin zu ermöglichen.



### **Weihnachtsmarkt**

Die Anfangsschwierigkeiten des Weihnachtsmarktes auf dem Roncalliplatz konnten insbesondere auf Initiative der Politik in 2011 ausgeräumt werden und der Markt wurde durch eine neue Lichtarchitektur und eine verbesserte Gestaltung und Anordnung der Stände aufgewertet.

## **XI. 37 Berufsfeuerwehr, Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz**

### **Entscheidung Hubschrauberbetriebsstation Kalkberg**

Die Geschäftsführung des Flughafens Köln / Bonn hat Mitte 2011 ihr Angebot aus 2010 zur dauerhaften Unterbringung der beiden Luftrettungssysteme in städtischer Trägerschaft auf dem Flughafen Köln/Bonn zurückgezogen.

Weitere seit 2005 geprüfte 19 Standorte genügten nicht den gestiegenen luftverkehrlichen Sicherheitsanforderungen. Damit war der Standort Kalkberg unverändert der einzige Standort für eine Hubschrauber-Betriebsstation. Am 20.12.2011 hat der Rat die Verwaltung jetzt beauftragt, in Eigenregie eine Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg zu errichten, die dafür erforderliche Weiterplanung zu veranlassen und das Grundstück zu kaufen. Die luftverkehrsrechtliche Genehmigung wurde vom Verwaltungsgericht Köln in 2011 bestätigt.

Das Vergabeverfahren zur Beauftragung der Weiterplanung wurde eingeleitet. Mit einer Vergabe wird im Februar 2012 gerechnet.

Die erforderlichen Genehmigungen zur Sicherstellung der Interimslösung am Flughafen Köln / Bonn sind beantragt.

### **Abbau des Investitionsstaus**

Der Abbau des Investitionsstaus bei der Feuerwehr mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 68 Mio. Euro bis 2015 hat begonnen.

Planungsbeschlüsse für das Feuerwehrzentrum Kalk und die Baumaßnahmen auf dem Gelände der FW 5 in Weidenpesch wurden gefasst. Die Architektenauswahl läuft.

Die Planungsbeschlüsse für die Erweiterung der Feuerwache 6 in Volkhoven/Weiler sowie den Neubau des Gerätehauses der Löschgruppe Dellbrück der FF und den Neu-/Umbau des Gerätehauses für die Löschgruppe Brück der FF sind ebenfalls gefasst. Die Planungen sind bereits fortgeschritten.

### **Frauenförderung**

Durch die besonderen Bemühungen zur Gewinnung von Frauen für den Feuerwehrberuf konnte eine Frau für den Vorbereitungsdienst des höheren feuerwehrtechnischen Diensts gewonnen werden.

Das Interesse von Frauen am mittleren feuerwehrtechnischen Dienst ist nach wie vor gering. Das Vorhaben, eine Frau für eine Ausbildung in der KFZ-Werkstatt bei der Berufsfeuerwehr einzustellen und gezielt an den Feuerwehrberuf heranzuführen war letztlich leider nicht erfolgreich. Das Vorhaben wird im Jahr 2012 erneut aufgegriffen.



### **Weiterführung der Einsatzstelle Historisches Archiv**

Seit dem 03.03.2009 bis heute ist die Unglücksstelle Waidmarkt rechtlich eine Einsatzstelle der Feuerwehr nach § 1 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung. Im Auftrag der Feuerwehr wurde bereits in den ersten Tagen nach dem Unglück ein umfangreiches Sicherungskonzept mit geotechnischen Messmethoden, einem Notfall- und Meldewesen und einem Absperr- und Zutrittskonzept installiert. Die Sicherungs- und Überwachungs- und Koordinierungsmaßnahmen werden von einer Technischen Einsatzleitung der Feuerwehr durchgeführt. Aufgrund der fachlichen und rechtlichen Komplexität und der enormen Bedeutung einer sicheren und gerichtsfesten Beweisführung bleibt die Feuerwehr für die Unglücksstelle solange zuständig, bis die Maßnahmen zur Feststellung der Unglücksursache(n) abgeschlossen sind, Folgeschäden am Unglücksort ausgeschlossen werden können und auf die oben genannten Sicherungs- und Überwachungsmaßnahmen verzichtet werden kann.